

Zahl der Asylanträge von Afghanistan steigt deutlich

Im August haben die Taliban die Macht in Afghanistan übernommen. Seitdem ist in Europa die Zahl der Asylanträge aus dem Land massiv gestiegen. Seit der Machtübernahme der Taliban ist die Zahl der Asylbewerber aus Afghanistan massiv gestiegen: Die Zahl der Anträge in Europa stieg im September um 72 Prozent im Vergleich zum August auf 17.300, teilte die EU-Asylbehörde Easo mit. Damit ist Afghanistan derzeit mit weitem Abstand das wichtigste Herkunftsland von Asylbewerbern in den 27 EU-Staaten sowie Norwegen und der Schweiz. Laut der EU-Asylbehörde haben diese Menschen derzeit sehr gute Chancen auf Anerkennung. Die UN hatten wegen der angespannten Lage bis zu eine halbe Million Flüchtlinge aus Afghanistan bis Jahresende vorhergesagt. Insgesamt wurden laut Easo im September europaweit 71.200 Asylanträge gezählt, rund ein Viertel mehr als im August.



Die Freiheit der Menschen wird in Deutschland immer weiter eingeschränkt. Obwohl noch vor den Wahlen regelmäßig eine Impfpflicht verneint wurde, wird diese jetzt Anfang des kommenden Jahres geplant. Damit schreitet nicht nur die weitere Entmündigung unserer Bevölkerung fort, sondern auch ein Eingriff in die körperliche Unversehrtheit ist vorgesehen.

Impfpflicht ist nun doch geplant

Monatelang hatten Politiker fast aller Parteien versprochen: Eine Impfpflicht kommt auf keinen Fall. Doch eine der ersten Amtshandlungen der neuen Koalitionsregierung ist die Einführung einer - zunächst berufsbezogenen - Impfpflicht. Bei 15 Millionen Nichtgeimpften und immer noch weit fast 70000 Corona-Neuinfektionen in Deutschland täglich, war es wohl höchste Zeit zum Handeln, so immer lautere Stimmen aus der neuen Ampelkoalition. Sozialdemokraten, Grüne und FDP haben mit ihrer Regierungsmehrheit im Bundestag ein entsprechendes Gesetz auf den Weg gebracht und darüber debattiert. Die Befürworter aus den Reihen der neuen Regierungskoalition sprachen von einer "Güterabwägung" in Corona-Krisenzeiten.

Bis Mitte März soll sich das Personal in Einrichtungen für besonders gefährdete Menschen gegen Corona impfen lassen. Beschlossen werden soll im Eiltempo eine Impfpflicht für Personal in Pflegeheimen und Kliniken.

Die Bundesregierung des Grauens

Bundespräsident Steinmeier hat die Ministerinnen und Minister der neuen Bundesregierung ernannt. Bundeskanzler Olaf Scholz löst damit Merkel ab, was für Deutschland einen weiteren politischen Tiefpunkt bedeuten wird. Nicht besser sieht es bei den neuen Ministern aus: Arbeit und Soziales bekleidet Hubertus Heil, Inneres Nancy Faeser, Gesundheit Karl Lauterbach, Verteidigung Christine Lambrecht, Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung Svenja Schulze, Bauen und Wohnen Klara Geywitz. Leiter des Kanzleramts/Minister für besondere Aufgaben wurde Wolfgang Schmidt. Bei den Grünen sieht es wie folgt aus:

Auswärtiges Amt wird von der Rhetorikkatastrophe Annalena Baerbock geleitet. Wirtschaft und Klimaschutz vom ultralinken Robert Habeck, Ernährung und Landwirtschaft von Cem Özdemir, Umwelt Steffi Lemke, Familien und Frauen Anne Spiegel. Bleibt noch die FDP übrig: Für die Finanzen ist Christian Lindner zuständig, Justiz Marco Buschmann, Bildung Bettina Stark-Watzinger, sowie für Verkehr und Digitales Volker Wissing. Alleine diese Konstellation dürfte ausreichen, um in anderen Ländern politisches Asyl zu bekommen, wenn man sich zum freiheitlich-konservativen Spektrum zählt, denn nunmehr dürfte genau dieses besonders unter Druck geraten. Was die neue Innenministerin für unser Volk zu

bieten hat, zeigte sie bereits kurz nach ihrer Ernennung. Faeser vollzieht bei der Einwanderungsfrage und Aufnahmepolitik einen Bruch mit ihrem Vorgänger Seehofer und kritisiert Polens Zurückweisungspolitik. Sie will mehr Afghanen über Umsiedlungskontingente einfliegen als alle übrigen EU-Länder zusammen – ihr Fokus liegt auf dem Kampf gegen Rechtsextremismus. Sicherlich verwundern diese Vorhaben niemanden, der sich politisch in Deutschland mit der aktuellen Lage befasst, aber in den nächsten Jahren wird sich das Klima deutlich verschärfen und die Bereitschaft der Politik zusätzliche Asylbewerber aufzunehmen, ist größer denn je.

Deutschland REP-ORT

Onlinezeitung der Republikaner

DIE
REPUBLIKANER **REP**

SPD, Grüne und Linke kennen keinen Linksextremismus

SPD, Grüne und Linke in Berlin kündigen in ihrem neuen Koalitionsvertrag den Kampf gegen alle möglichen Formen von Gewalt an – nicht aber gegen Islamismus und Linksextremismus. Damit setzt sich regierungstechnisch fort, was vorher schon politisch immer ignoriert wurde, da es nicht in das heile Weltbild dieser Politiker passt.

Gesamtstaatliches Hauptaugenmerk müsse auf allen „rechten und menschenfeindlichen Straftaten“ sowie „Hasskriminalität“ liegen, erklären SPD, Grüne und Linke. Das Landesprogramm „gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus“ solle ausgebaut werden. In der Polizei solle sich die „Diversität der Berliner Stadtgesellschaft abbilden; rechtsextremes, rassistisches, queer feindliches und antisemitisches Gedankengut hat keinen Platz“. Außerdem soll die im Mai 2021 angekündigte Studie zu Rassismus und Rechtsextremismus in der Polizei durch die Technische Universität vollendet werden. Damit wird deutlich, dass nur noch gegen bestimmten Extremismus vorgegangen werden soll.

Selbst die CDU verstand danach, dass die Koalition tue so, als ob Linksextremismus und Islamismus „abgeschafft“ worden seien. Und das ausgerechnet in einer Stadt, in der ultralinke Gewalttäter immer wieder Polizisten und Feuerwehrleute attackierten, „Anwohner oder Abgeordnete“ terrorisierten. Diese Leerstelle sei umso schlimmer, da in Berlin der schlimmste islamistische Terrorakt in Deutschland stattgefunden habe.

Zehntausende auf Kundgebungen gegen Corona-Maßnahmen

In zahlreichen Städten haben Menschen wieder gegen die Corona-Maßnahmen protestiert – darunter Düsseldorf, Köln, Hamburg, Schwerin, Frankfurt und Fürth. An den Kundgebungen nahmen auch Anhänger und Mitglieder der Republikaner teil und hatten im Vorfeld für die Versammlungen geworben. In Wien fand eine Großdemonstration statt, an der über 44.000 Menschen teilnahmen.

Eine der größten Kundgebungen fand in Hamburg statt. Dort protestierten mehrere Tausend Teilnehmer unter dem Motto "Das Maß ist voll - Hände weg von unseren Kindern!". Die Polizei sprach von einem friedlichen Verlauf und zählte etwa 8000 Demonstranten - angekündigt waren 4000. Auch in anderen Städten Norddeutschlands fanden Proteste statt, etwa in Schwerin. In der dortigen Innenstadt nahmen nach Angaben der Polizei bis zu 760 Personen teil. Die verfügbaren Auflagen seien eingehalten worden, hieß es. Rund 20 Personen hätten gegen den Aufzug protestiert. An einer verbotenen Demonstration in Frankfurt am Main nahmen knapp 100 Menschen teil. Die Polizei löste die Versammlung nach eigenen Angaben auf. Beamte überprüften dabei Personalien und sprachen Platzverweise aus. Die Stadt hatte die angemeldete Demonstration bereits am Donnerstag untersagt. Sie befürchtete, dass die Protestler "mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit" die wegen der Corona-Pandemie geltenden Auflagen missachten würden. Angemeldet zu dem Demonstrationzug waren 1500 Menschen.

Proteste gab es auch in mehreren Nachbarländern. In Österreichs Hauptstadt Wien wurde eine Großdemonstration organisiert. Nach Angaben der Polizei kamen rund 15.000 Menschen zu einer Kundgebung auf dem Heldenplatz zusammen. An einem anschließenden Protestmarsch nahmen demnach insgesamt rund 44.000 Menschen teil. In Luxemburg-Stadt kam es zu Protesten bei einer Demo gegen die Corona-Maßnahmen. 500 Menschen protestierten gegen strengere Auflagen. Die Versammlung wurde aufgelöst, es gab mehrere Festnahmen.

! Jetzt Republikaner werden !



Unser Land hat bereits zu viele Zuschauer und besonders heute ist es wichtiger denn je, dass mehr Menschen ihren Anteil zur zwingend notwendigen Veränderung leisten. Jeder kann sich einbringen, entweder als aktives Mitglied oder als passiver Unterstützer. Als Republikaner sind Sie Teil einer Oppositionsbewegung, die sich primär für die Interessen der eigenen Bevölkerung einsetzt und den Erhalt unserer Identität. **Hier gelangen Sie zum Mitgliedsantrag unserer Partei: <https://www.die-republikaner.net/mitglied-werden/>**

WWW.REP.DE

Jetzt informieren

- Ich habe Interesse an einer Infoveranstaltung
- Ich möchte Mitglied werden
- Ich bitte um weiteres Infomaterial

www.rep.de

DIE REPUBLIKANER

DIE REPUBLIKANER
REP

VERANSTALTUNGSKALENDER

Sehen Sie hier eine kleine Übersicht von Veranstaltungen, die nicht abschließend ist.
Weitere Informationen erhalten Sie von den Landesverbänden

- **Heidelberg:** einmal im Monat. Informationen unter: heidelberg@rep.de oder 0157/30663871.
- **Karlsruhe Land:** Verschiedene lokale Veranstaltungen. Weitere Informationen unter: 0725472375.
- **München:** Stammtisch mit Infoveranstaltung jeden zweiten Dienstag im Monat ab 19 Uhr im Gasthof Zum Goldenen Roß, Rosenheimer Str. 189, 81671 München. Näheres unter: 089/2158367.
- **Berchtesgaden:** Regelmäßige Stammtische: Infos unter: lgst@rep-bayern.de
- **Rosenheim:** Regelmäßige Informationsveranstaltungen des REP-Kreisverbandes Rosenheim. Informationen unter: lgst@rep-bayern.de
- **Nürnberger Land:** Stammtisch jeden vierten Samstag im Monat ab 19.30 Uhr, Gaststätte „Zum Goldenen Stern“, Nürnberger Str. 7, 91224 Pommelsbrunn. Infos unter: 01522-2624313.
- **Forchheim:** In Forchheim führen die Republikaner einen monatlichen Stammtisch durch. Interessenten melden sich bitte bei Herrn Noffke, Bezirksvorsitzender u. Stadtrat: Tel.: 09191/31880.
- **Düsseldorf:** Informationsabend des REP-Kreisverbandes, jeder ersten Samstag im Monat, um 17.00 Uhr. Interessenten können Sie beim Kreisverband melden: duesseldorf@rep.de oder Tel./Fax: 0211-6022383.
- **Ruhrstammtisch:** abwechselnd in **Essen, Bochum, Gelsenkirchen**. Kontakt unter: kontakt@rep.nrw.de.
- **Ostwestfalen-Lippe:** Jeden ersten Dienstag im Monat, um 19.30 Uhr, in Porta Westfalica. Anfragen unter: kontakt@rep-nrw.de.
- **Kreis Hagen:** Monatlicher Infoabend des lokalen REP-Kreisverbandes. Informationen erhalten Sie unter: hagen@rep.de
- **Sachsen:** Monatliche Informationsveranstaltung. Infos unter: sachsen@rep.de

**BITTE ÄNDERUNGEN ODER WEITERE VERANSTALTUNGEN DER
BUNDESGESCHÄFTSSTELLE MITTEILEN**



Antrag auf Mitgliedschaft

Sie können diesen Antrag in Acrobat ausfüllen und dann ausdrucken oder ausdrucken und dann per Hand ausfüllen (bitte in Blockschrift). Den ausgefüllten Antrag senden Sie bitte per Post an folgende Adresse:

DIE REPUBLIKANER(REP)
 Postfach 140407
 40074 Düsseldorf

Ich bin dabei!

Ich bekenne mich zu den Grundsätzen der Republikaner und ihrer Satzung. Ich sehe in der Verteidigung des freiheitlich demokratischen Rechtsstaates gegen innere und äußere Feinde eine der wichtigsten politischen Aufgaben. Das unterstreiche ich durch folgende Erklärung: Ich werde mich stets für folgende Verfassungsgrundsätze besonders einsetzen und sie verteidigen. 1) Das Recht des Volkes, die Staatsgewalt in Wahlen und Abstimmungen durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung auszuüben und die Volksvertretung in allgemeiner, unmittelbarer, freier und geheimer Wahl zu wählen; 2) Die Bindung der Gesetzgebung an die verfassungsmäßige Ordnung und die Bindung der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung an Gesetzgebung und Recht; 3) Das Recht auf Bildung und Ausübung einer parlamentarischen Opposition; 4) Die Ablösbarkeit der Regierung und ihrer Verantwortung gegenüber der Volksvertretung; 5) Die Unabhängigkeit der Gerichte; 6) Der Ausschluß jeder Gewalt- und Willkürherrschaft; 7) Die im Grundgesetz konkretisierten Menschenrechte.

Tel. (0211) 995 487 94 • Fax (0211) 995 487 13 • bund@rep.de

Titel, Vorname, Nachname _____

Straße, Hausnummer _____

Postleitzahl _____ Wohnort _____

Telefon _____ Telefax _____

E-Post _____

Konfession / Beruf / Tätigkeit _____ Geburtsdatum _____

Frühere Parteimitgliedschaft in .../von > bis; Mitgliedschaft in Gewerkschaften/anderen Vereinen _____

Datum / Unterschrift _____

Bitte senden Sie mir die Parteizeitung per Post
 Ich möchte den Infobrief der REPUBLIKANER per E-Post beziehen

Betrag (€ pro Monat) _____ Zahlungsart Überweisung Lastschrift Zahlungsrhythmus jährlich halbjährlich

Beitrag mind. **10.00 €** monatlich, bzw. **5 €** für Rentner, Azubis, Studenten und Personen mit geringem Einkommen. Die Aufnahmegebühr beträgt 10 €.

Erteilung eines SEPA-Lastschriftmandates

Hiermit ermächtige ich die Republikaner, vertreten durch den empfangsberechtigten Landesverband, widerruflich von unten genanntem Girokonto, die von mir zu entrichtenden Beiträge im Lastschriftverfahren (Bankabbuchung) einzuziehen. Zugleich weise ich mein Kreditinstitut an, die von den Republikanern eingezogenen Lastschriften einzulösen. Hinweis: Ich kann innerhalb von 8 Wochen, beginnend mit dem Belastungsdatum, die Erstattung des belasteten Betrages verlangen. Es gelten dabei die mit dem Kreditinstitut vereinbarten Bedingungen. Vor dem ersten Einzug einer SEPA-Basis-Lastschrift werden mich Die Republikaner über den Einzug in dieser Verfahrensart unterrichten.

Kreditinstitut _____ BIC/Swift-Code _____

IBAN _____

Datum / Unterschrift _____

Aufnahmeantrag angenommen				Interne Bearbeitung
Kreisverband Ja <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> _____ Unterschrift	Bezirksverband Ja <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> _____ Unterschrift	Landesverband Ja <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> _____ Unterschrift	Bundesverband Ja <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> _____ Unterschrift	Datum EG EDV Ausw. Mitgl.nr.

Datenschutz und Verarbeitungshinweis: Bei den im Aufnahmeantrag genannten Pflichtangaben, die zum Nachweis und der Anerkennung einer Mitgliedschaft in der Partei DIE REPUBLIKANER (REP) notwendig sind, handelt es sich um besondere Kategorien personenbezogener Daten gemäß Art. 9 Abs. 1 Datenschutz-Grundverordnung (politische Meinung, Religionszugehörigkeit). Diese Pflichtangaben werden gemäß Art. 9 Abs. 2 lit. d) Datenschutz-Grundverordnung auf der Grundlage geeigneter Garantien durch die Partei DIE REPUBLIKANER (REP) im Rahmen ihrer rechtmäßigen Tätigkeiten verarbeitet. Die E-Mail-Adresse kann auch für den Versand von Informationen der Partei und für Einladungen zu satzungsgemäßen Versammlungen genutzt werden. Der Versand der Einladung auf elektronischem Weg steht in diesem Fall dem Postweg gleich.